

Gudrun Witter

Gemeindefinanzen in Thüringen 1999

Im Jahre 1999 hatten die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften insgesamt Ausgaben in Höhe von 8,3 Mrd. DM. Diesen standen Einnahmen von 8,2 Mrd. DM gegenüber. In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnete sich ein Finanzierungsdefizit von 29 Mill. DM. Zum Ausgleich des Defizits setzten die Gemeinden und Gemeindeverbände Kassen- und Rücklagenmittel ein, mussten aber auch Kredite neu aufnehmen. Der Schuldenstand erreichte Ende 1999 ein Volumen von 5,9 Mrd. DM, 2 415 DM je Einwohner.

Vorbemerkungen

Die Thüringer Kommunen haben im Jahr 1999 die Zunahme ihrer Ausgaben trotz der Haushaltsbelastungen durch den Tarifabschluss des vergangenen Jahres auf 1 Prozent begrenzt.

Die kommunalen Einnahmen lagen 1999 um 1,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. So hat sich das Finanzierungsdefizit des Jahres 1998 von 63 Mill. DM auf 29 Mill. DM im Jahr 1999 um mehr als die Hälfte reduziert.

Die Ergebnisse des ersten Halbjahres 2000 könnten eine Entwicklung in Richtung Finanzierungsüberschuss für das Jahr 2000 vermuten lassen.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 1999 **Ausgaben** in Höhe von 8 250 Mill. DM, das waren 3 359 DM je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um rund 83 Mill. DM oder 1,0 Prozent.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich auch die kommunalen **Einnahmen** um 117 Mill. DM oder 1,5 Prozent auf 8 222 Mill. DM (3 348 DM je Einwohner). Das Finanzierungsdefizit (Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen) verringerte sich von 63 Mill. DM 1998 auf 29 Mill. DM Ende 1999.

Die Entwicklung der kommunalen Einnahmen, Ausgaben und Defizite seit 1994 zeigt in nachfolgender Tabelle, dass angesichts der zunächst abgeschwächten und dann rückläufigen Einnahmenentwicklung der Defizitabbau nur durch eine deutliche Reduzierung der kommunalen Ausgaben erreichbar war.

Erstmals seit 1994 war im Jahr 1999 wieder ein Anstieg sowohl der Ausgaben als auch der Einnahmen zu verzeichnen.

Tabelle 1: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Finanzierungsdefizit	
			Mill. DM	DM je Einw.
1994	8 645	9 803	1 157	456
1995	8 703	9 293	590	235
1996	8 459	8 750	291	117
1997	8 128	8 221	93	37
1998	8 104	8 167	63	26
1999	8 222	8 250	29	12

Auf der Ausgabe Seite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 1999 bei 2 476 Mill. DM oder 1 008 DM je Einwohner.

Im Vergleich zum Jahr 1998 ist hier, bedingt durch weitere Tarifierhöhungen, ein leichter Anstieg um 0,9 Prozent bzw. 22 Mill. DM festzustellen.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben wie in den Vorjahren bei 30 Prozent.

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperchaftsgruppen stellte sich wie folgt dar:

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 30 Prozent ihres Ausgabenvolumens (Vorjahr: 31 Prozent) für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) lag die Personalausgabenquote wie im Vorjahr bei 28 Prozent. Bei den Landkreisverwaltungen war ein Anstieg auf 34 Prozent (Vorjahr: 33 Prozent) festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer liegen die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben in DM je Einwohner mit 1 008 DM an erster Stelle, nur noch um 2 Prozent über dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

Personalausgaben in DM je Einwohner

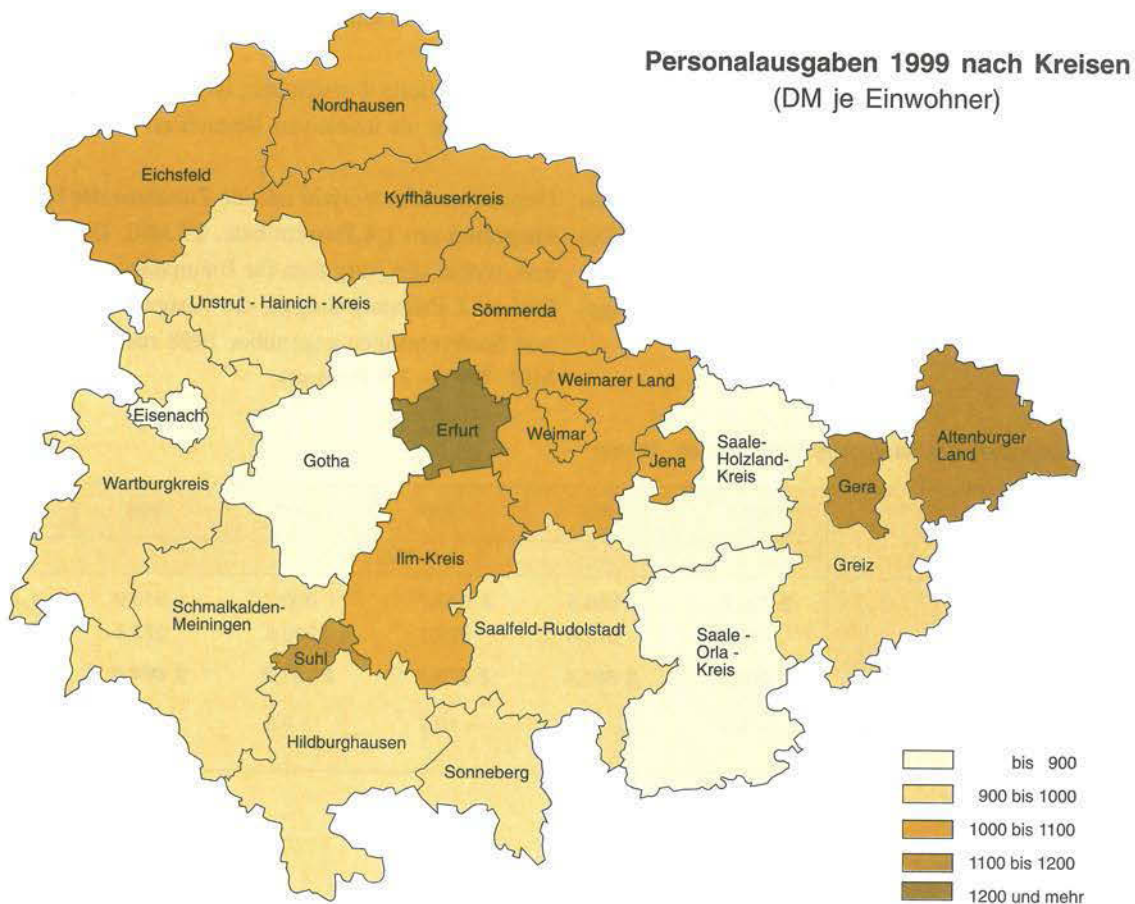
Thüringen	1 008
Sachsen	1 011
Mecklenburg-Vorpommern	1 049
Brandenburg	1 177
Sachsen-Anhalt	1 218
neue Bundesländer	1 086
früheres Bundesgebiet	990

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 1994 bis 1999.

Hier kann festgestellt werden, dass es im Vergleich zum Vorjahr zu Erhöhungen bei den kreisfreien Städten, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften kam, die Personalausgaben in den Landkreisen jedoch nahezu stagnierten.

Tabelle 2: Personalausgaben in DM je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Kreisfreie Städte	1 317	1 306	1 263	1 146	1 103	1 125
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Verwaltungsgemeinschaften)	745	740	705	613	615	629
Landkreise	350	344	328	325	345	344
Gemeinden und Gemeindeverbände	1 143	1 133	1 084	984	993	1 008



Der Anstieg der Personalausgaben ist, wie bereits erwähnt, auf weitere Tarifierhöhungen zurückzuführen.

Nachstehende Tabelle zeigt, dass nach dem leichten Anstieg im Jahr 1998 seit 1994 wieder ein Rückgang bei den Beschäftigten in den Verwaltungen der Gemeinden und

Gemeindeverbände zu verzeichnen ist. Nach dem Tarifabschluss vom Frühjahr dieses Jahres müssen durch die Kommunen jedoch erneut erhöhte Anstrengungen unternommen werden, um die für die Lohn- und Gehaltszahlung notwendigen finanziellen Mittel zu erbringen.

Tabelle 3: Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/ Gemeindeverbände 1994 bis 1999

Merkmal	Einheit	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Beschäftigte	Anzahl	68 426	63 261	58 691	49 790	50 433	47 476
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 6,5	- 7,5	- 7,2	- 15,2	1,3	- 5,9
Personalausgaben	Mill. DM	2 899,3	2 844,0	2 705,2	2 444,8	2 453,9	2 476,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 7,4	- 1,9	- 4,9	- 9,6	0,4	0,9

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 1999 mussten die Kommunen dafür 1 561 Mill. DM aufbringen, im Jahr zuvor waren es 1 555 Mill. DM.

Für **soziale Ausgaben**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wurden im Jahr 1999 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 774 Mill. DM ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang um 1,3 Prozent bzw. 10 Mill. DM, welcher insbesondere auf einen Rückgang der Ausgaben im Rahmen der Sozialhilfe um 15 Mill. DM zurückzuführen ist.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stiegen gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent auf 44 Mill. DM (1997: 51 Mill. DM, 1998: 40 Mill. DM) erneut an.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, ist erstmals seit 1994 wieder ein Anstieg im investiven Bereich zu erkennen.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme der **Investitionsausgaben** um 1,4 Prozent bzw. 29 Mill. DM zu verzeichnen, wobei die Ausgaben für Baumaßnahmen um 35 Mill. DM (+ 2 Prozent) stiegen, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen gegenüber 1998 rückläufig waren (- 7 Mill. DM, - 2,5 Prozent).

Tabelle 4: Ausgaben für Sachinvestitionen nach Jahren

Merkmal	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM					
Baumaßnahmen	2 723,6	2 288,5	2 049,7	1 880,7	1 810,9	1 846,3
Erwerb von Sachvermögen	481,9	372,6	327,1	270,5	273,1	266,2
Sachinvestitionen insgesamt	3 205,4	2 661,1	2 376,8	2 151,2	2 084,0	2 112,5
Veränderung zum Vorjahr (%)	- 6,2	- 17,0	- 10,7	- 9,5	- 3,1	1,4

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 1999 bei 26 Prozent (1994: 33 Prozent).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote bei 23 Prozent (früheres Bundesgebiet: 16 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 1 846 Mill. DM entfielen zwei Drittel (1 235 Mill. DM) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die übrigen Mittel auf die Landkreise (292 Mill. DM) und kreisfreien Städte (319 Mill. DM).

Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche zeigt, dass fast zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in nahezu allen genannten Aufgabenbereichen Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen. Lediglich in den Aufgabenbereichen Städteplanung und Abwasserbeseitigung ist ein Anstieg zu verzeichnen.

Tabelle 5: Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1996		1997		1998		1999		Veränderung 1999 zu 1998 (%)
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	
Schulen	295,7	119	292,5	118	258,7	105	244,7	100	- 5,4
Städteplanung	238,3	95	218,9	88	269,4	109	293,7	120	9,0
Straßen	535,9	215	502,1	202	481,6	195	457,6	186	- 5,0
Abwasserbeseitigung	40,7	16	38,2	15	34,6	14	35,5	15	2,4
Allgemeines Grundvermögen	215,0	86	175,3	71	158,7	64	147,1	60	- 7,3
Insgesamt	2 049,7	821	1 880,7	757	1 810,9	733	1 846,3	752	2,0

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 1999 auf 1 268 Mill. DM (517 DM je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 15 Prozent (NBL: 16 Prozent, früheres Bundesgebiet: 39 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte ebenfalls 15 Prozent (NBL: 16 Prozent, früheres Bundesgebiet: 40 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr wurden Steuerermehreinnahmen in Höhe von 47 Mill. DM (+ 4 Prozent) registriert. Je Einwohner konnten damit jedoch erst 35 Prozent des Niveaus der alten Bundesländer erreicht werden.

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nimmt Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 517 DM den letzten Platz ein (NBL: 589 DM; früheres Bundesgebiet: 1 469 DM).

Mit einem Anteil von 33 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 1999 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 419 Mill. DM trotz eines Rückgangs um 20 Mill. DM oder um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr die ergiebigste Steuerart.

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 1999 knapp 314 Mill. DM in die Gemeindekassen (Vorjahr 302 Mill. DM); aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit insgesamt 402 Millionen DM, 47 Mill. DM mehr als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen Einnahmen in Höhe von 117 Mill. DM. Das waren 6 Mill. oder 6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Mit 17 Mill. DM oder 1 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus.

Tabelle 6: Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	1997		1998		1999		Veränderung 1999 zu 1998 (%)
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	363,6	146	354,7	144	401,7	164	13,3
Gewerbesteuer (netto)	383,6	154	438,2	177	418,7	171	- 4,5
Grundsteuer A + B	267,3	108	301,5	122	313,8	128	4,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-	-	110,5	45	116,9	48	5,8
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	15,2	6	17,0	7	17,3	7	1,8
Insgesamt	1 029,7	414	1 221,9	495	1 268,5	517	3,8

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit 1 120 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr um 3 Mill. DM (0,3 Prozent) leicht angestiegen.

Bei den Einnahmen aus Gewinnanteilen von Unternehmen ist eine Zunahme um mehr als 13 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren dagegen um mehr als 2 Mill. DM geringer als vor Jahresfrist.

Über Mieten und Pachten flossen 3 Mill. DM mehr in die Kassen der Gemeinden.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten waren 1999 um fast 10 Mill. DM geringer als im Jahr zuvor.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge u.ä. blieben gegenüber 1998 annähernd konstant.

Der leichte Anstieg bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb gliedert sich wie folgt auf die Gebietskörperschaftsgruppen auf:

kreisfreie Städte	+ 18 Mill. DM
kreisangehörige Gemeinden	+ 13 Mill. DM
Landkreise	- 28 Mill. DM

Wesentliche Ursache für den hohen Rückgang bei den Landkreisen war die weitere Ausgliederung von Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten im Jahr 1999.

Tabelle 7: Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	1997		1998		1999		Veränderung 1999 zu 1998 (%)
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	
Gebühren, sonstige Entgelte	642,0	258	599,5	243	590,9	241	- 1,4
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	385,4	155	368,7	149	369,1	150	0,1
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	169,3	68	148,9	60	160,0	65	7,4
Insgesamt	1 196,8	482	1 117,1	452	1 120,0	456	0,3

Auch die Nettoneuverschuldung der Kommunen nahm im Jahr 1999 beträchtlich ab.

Zur Schließung der Finanzierungslücke wurden insgesamt Kredite (nach Abzug der Tilgungszahlungen) in Höhe von 6 Mill. DM (Vorjahr 120 Mill. DM) aufgenommen. Der **Schuldenstand** belief sich zum Jahresende 1999 auf 5 931 Mill. DM. Das entsprach einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2 415 DM.

Tabelle 8: Verschuldung der Gemeinden/Gemeindeverbände (Schuldenstand am Ende des Jahres)

Merkmal	1996	1997	1998	1999
Schuldenstand				
in Mill. DM	5 579,4	5 729,4	5 928,3	5 931,4
in DM je Einwohner	2 235	2 306	2 400	2 415
Zinsausgaben				
in Mill. DM	349,6	348,4	355,2	333,4
in DM je Einwohner	140	140	144	136

Der Schuldenstand der kreisfreien Städte erreichte Ende 1999 eine Höhe von 1 243 Mill. DM (2 166 DM je Einwohner), der der kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 3 387 Mill. DM (1 814 DM je Einwohner) und die Landkreisverwaltungen waren mit 1 302 Mill. DM oder 692 DM je Einwohner verschuldet.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/Gemeindeverbände mit der der anderen neuen Bundesländer zeigt, dass die Thüringer Kommunen mit 2 415 DM am höchsten verschuldet waren, gefolgt von Sachsen mit 2 411 DM sowie Sachsen-Anhalt mit 2 383 DM und Mecklenburg-Vorpommern mit 2 382 DM.

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Brandenburg lag bei 1 391 DM.

Vergleicht man die Verschuldung je Einwohner nach den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen, hat Thüringen jeweils die zweithöchste Verschuldung. Bei den kreisfreien Städten liegt Thüringen mit 2 166 DM hinter Sachsen (2 900 DM), bei den kreisangehörigen Gemeinden mit 1 814 hinter Mecklenburg-Vorpommern (2 028 DM) und bei den Landkreisen mit 692 DM hinter Sachsen-Anhalt (735 DM).

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nahmen auch im Jahr 1999 die **Landeszusweisungen** einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie der Investitionszuweisungen. Im Jahr 1999 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 4 791 Mill. DM. Das waren mehr als die Hälfte ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 2 317 Mill. DM den größten Posten dieser Zuweisungen. Darüber hinaus gingen 1 214 Mill. DM als Investitionszuweisungen vom Land an die Kommunen.

Weitere 1 260 Mill. DM wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sowie in Form von Bedarfszuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Thüringer Gemeinden wie auch die der anderen neuen Bundesländer trotz ihrer allmählich wachsenden Steuerkraft auf Zuweisungen ihrer Länder in hohem Maße angewiesen bleiben, um damit ihre nach wie vor schwache Finanzkraft über Zuweisungen zu kompensieren.

Tabelle 9: Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangeh. Gemeinden einschl. Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber 1998	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber 1998	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber 1998	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber 1998
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Personalausgaben	2 454	2 476	0,9	638	646	1,3	1 163	1 184	1,8	652	647	- 0,8
Laufender Sachaufwand	1 555	1 561	0,4	374	387	3,5	567	584	3,0	615	590	- 4,1
Soziale Leistungen	784	774	- 1,3	248	254	2,4	14	15	7,1	522	505	- 3,3
Zinsausgaben	355	333	- 6,2	69	73	5,8	204	186	- 8,8	81	75	- 7,4
Sachinvestitionen	2 084	2 113	1,4	337	375	11,3	1 344	1 389	3,3	404	348	- 13,9
Sonstige Ausgaben	1 741	1 802	3,5	408	402	- 1,5	1 030	1 071	4,0	303	327	7,9
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	806	809	0,4	17	16	- 5,9	212	216	1,9	576	576	0,0
Gesamtausgaben ¹⁾	8 167	8 250	1,0	2 057	2 121	3,1	4 110	4 213	2,5	2 001	1 916	- 4,2
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	1 222	1 268	3,8	418	402	- 3,8	804	867	7,8	-	-	-
Ersätze zum Familienleistungsausgleich	101	98	- 3,0	30	29	- 3,3	71	69	- 2,8	-	-	-
Schlüsselzuweisungen	2 316	2 317	0,0	532	521	- 2,1	1 214	1 227	1,1	570	569	- 0,2
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisung vom Land	69	154	123,2	45	63	40,0	11	75	581,8	13	17	30,8
Erstattungen und laufende Zuweisungen von Bund und Land	1 072	1 106	3,2	293	321	9,6	140	131	- 6,4	639	654	2,3
Gebühren, zweckgebundene Abgaben	564	555	- 1,6	170	175	2,9	132	134	1,5	262	245	- 6,5
Zuweisungen für Investitionen vom Land	1 119	1 214	8,5	244	258	5,7	648	710	9,6	227	247	8,8
Sonstige Einnahmen	2 447	2 319	- 5,2	339	334	- 1,5	1 293	1 184	- 8,4	815	798	- 2,1
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	806	809	0,4	17	16	- 5,9	212	216	1,9	576	576	0,0
Gesamteinnahmen ¹⁾	8 104	8 222	1,5	2 054	2 087	1,6	4 101	4 181	2,0	1 950	1 954	0,2
Finanzierungssaldo	- 63	- 29	- 54,0	- 3	- 35	x	- 9	- 32	x	- 51	38	x
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	643	494	- 23,2	144	70	- 51,4	348	329	- 5,5	151	95	- 37,1
Schuldentilgung am Kreditmarkt	523	488	- 6,7	109	56	- 48,6	311	343	10,3	103	89	- 13,6
Schuldenstand am 31.12.	5 928	5 931	0,1	1 226	1 243	1,4	3 368	3 387	0,6	1 334	1 302	- 2,4

1) ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene